

Protokoll der Sitzung der AG-ISFE in der Europa-Union Berlin e.V. vom 24.01.2003**Ort:** Jean-Monnet-Haus Bundesallee 22, 10717 Berlin**Zeit:** 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr**Anwesenheit:** Siehe Anwesenheitsliste**Tagesordnung:**

1. Bevorstehende Anhörung im Abgeordnetenhaus am 13.02.2003 um 15 Uhr
2. Bericht über das Gespräch der AG-ISFE mit den schulpolitischen Sprechern Berlins im Abgeordnetenhaus im Rahmen einer Vorstandssitzung der Europa-Union Berlin e.V.
3. Verschiedenes

TOP 1.

Mme Durand-Nusser wies zu Beginn des Tagesordnungspunktes darauf hin, dass es für die Arbeit der AG-ISFE und die Zukunft der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) von besonderer Wichtigkeit ist, dass alle Anliegen und Forderungen der SESB-Eltern gebündelt an die schulpolitischen Sprecher gerichtet werden. Über unterschiedliche Meinungsbilder sollte vorher innerhalb der Elternschaft und sonstiger Akteure in Abstimmung mit der AG-ISFE ein Konsens herbeigeführt werden. Einzelaktivitäten, überzogene Forderungen und Streitigkeiten sollten vermieden werden. Sie schaden mehr als dass sie nützen.

Zur bevorstehenden Anhörung im Abgeordnetenhaus informierte sie dahingehend, dass der Termin am 09.01.03. bzw. 23.01.03. nicht gehalten werden konnte. Sie findet nun endgültig am 13.02.03 um 15 Uhr im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Schule und Sport statt. Thema der Anhörung ist die Zukunft der Europaschulen. Sie basiert auf dem Gespräch der AG-ISFE mit den schulpolitischen Sprechern vom 11.12.2002, die die damals erhaltenen Informationen unbedingt sämtlichen Abgeordneten des Schulausschusses zur Kenntnis bringen möchten.

TOP 2.

Grundlage für das Gespräch war die überarbeitete Diskussionsvorlage für eine einheitliche Richtlinie des Ganztagskonzepts in den Grundschulzügen der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB). Diese Diskussionsgrundlage soll im neuen Schulgesetz einen möglichst weitgehenden Niederschlag finden, weshalb seit langem und immer wieder mit der Senatsverwaltung Gespräche stattfanden, leider ohne Erfolg. Dank der Bemühungen des neuen Vorsitzenden der Europa-Union, Herrn Wartenberg, ist ein Gespräch zwischen der AG-ISFE und den schulpolitischen Sprechern organisiert worden. Mme Durand-Nusser hat seitens der AG-ISFE das Gespräch geleitet und dafür gesorgt, dass durch Referenten verschiedener SESB-Standorte die Probleme der Grundschulen und Oberschulen vorgetragen wurden.

Seitens der AG-ISFE nahmen an dem Gespräch teil:

Mme Durand-Nusser, Vorsitzende der AG-ISFE

Herr Uwe Otto, stellvertretender Vorsitzender der AG-ISFE

Mrs. Baker-Frommholz, Schiller-Gymnasium - dt.-engl.

Mme HéLOURY, Sophie-Scholl-Oberschule - dt.-fr., dt.-span.

Herr Ingber, Hirschgartenschule - dt.-russ.

Herr Mertens, Joan-Miro-Grundschule - dt.-span.

Herr Thiesing, Athene-Grundschule - dt.-gr.

Herr Aschinger, Aziz-Nesin-Grundschule - dt.-türk.

Herr Mountakis, Herder-Oberschule

Gesprächsinhalt:

In einer Einführung hatte Mme Durand-Nusser darauf hingewiesen, dass die SESB eine einheitlich konzipierte Schule werden muss, die von der Vorklasse bis zum Abitur führt. Sie ist eine Schule europäischer Prägung, und zwar nicht nur sprachbetont. Diese Schulkonzeption müsse endlich Eingang in das neue Schulgesetz finden. Sie muss den gleichen Stellenwert erhalten wie die John-F.-Kennedy-Schule und das Französische Gymnasium. Seit März 1999 wird gefordert, die Konzeption der SESB in der Verordnung für die gymnasiale Oberstufe aufzunehmen, um eine über das bestehende Genehmigungsschreiben hinausgehende gesetzliche Regelung für die SESB zu haben. Bei den Grundschulen ist der Schulversuch für die Europaschulstandorte faktisch abgeschlossen, für die Oberstufe fehlen noch drei Jahre, um die Versuchsphase abzuschließen. Weiterhin ist es wichtig, die Vorklassen nicht auszugliedern, wie es möglicherweise durch das neue Schulgesetz droht; es ist erforderlich, die SESB nicht nur als ganztagsnahe, sondern als Ganztagschule anzuerkennen und die europäische Prägung festzuschreiben.

Im Anschluss an diese Einleitung wurden in dem Gespräch die Probleme der Oberschulen (SEOB) durch Mrs. Baker-Frommholz und Mme Héloiry dargestellt. Ein gravierendes und drängendes Problem ist die an Europaschulstandorten völlig eingeschränkte Fächerauswahl für das Abitur. Festgeschrieben ist, dass für die Sprachkombination Deutsch/Englisch folgende Prüfungsfächer obligatorisch sind:

- 1. Prüfungsfach: Englisch (Unterrichtssprache Englisch)
- 3. oder 4. Prüfungsfach: Politische Weltkunde (Unterrichtssprache Englisch)
- 2., 3. oder 4. Prüfungsfach: Deutsch (Unterrichtssprache Deutsch)
- 2., 3. oder 4. Prüfungsfach: Mathematik, Physik oder Chemie oder ggf. Biologie (ab 11. Klasse auf Deutsch).

Deutsch und politische Weltkunde müssen gewählt werden, d. h., dass ein Abiturient der SESB mit der Kombination Deutsch/Englisch nicht in zwei naturwissenschaftlichen Fächern Abitur machen kann. Außerdem wird das Fach Biologie am Schillergymnasium in Englisch bis Ende der 10. Klasse unterrichtet. Eine Mutter der Sophie-Scholl-Oberschule berichtete an dieser Stelle, dass dort ab der 11. Klasse der Unterricht im Biologie von französisch auf deutsch umgestellt wird. Insbesondere aber für die dt.-engl. Europaschulen ist eine Umstellung absurd, weil in Biologie Englisch die internationale Wissenschaftssprache ist, so macht sie für das berufliche Fortkommen keinerlei Sinn.

Der Besuch der Europaschule soll die Schüler schließlich dazu befähigen, sich später in den Partnersprachen-Ländern hinsichtlich Ausbildung und Beruf frei bewegen zu können. Ein Studium der Medizin oder anderer Naturwissenschaften erfordert jedoch z.B. in Großbritannien im Abitur mindestens zwei naturwissenschaftliche Kurse. Die jetzige Regelung stelle eine Diskriminierung der SESB-Schüler dar, die sozusagen alle auf eine geisteswissenschaftliche weitere Ausbildung orientiert würden. An der jetzigen Regelung werde deutlich, dass der Senat die SESB auf eine reine Sprachvermittlung reduziere, nicht aber die europäische Prägung verinnerlicht habe, die gerade den Zugang zu allen Berufen im europäischen Raum vergrößern solle. Durch diese einengende Regelung verlieren die SESB-Oberschulen viele Schüler. Das Problem ist äußerst dringend.

Erwähnt wurde ein weiteres Problem: Die Fremdsprachen unterliegen künftig dem Zentralabitur. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie das für die SESB geregelt werde.

Für die Sprachkombination Deutsch/Französisch (Sophie-Scholl-Oberschule) ist die Wahl einschränkung der Prüfungsfächer weniger streng, weil dort wird nach den Vorgaben des „Abi-bac“ geprüft wird. Die Verpflichtung erfolgt in der Wahl eines Leistungskurses (nicht-deutsche Herkunftssprache: Französisch) und in der Wahl des 3. Prüfungsfaches (politische Weltkunde auf Französisch); d.h. die Schüler können Mathematik oder eine Naturwissenschaft als zweiten Leitungskurs wählen.

Bereich Grundschule:

Herr Ingber berichtete von der Hirschgarten-Grundschule. Sie wurde vor kurzem renoviert und mit einer Turnhalle und einer Heizung ausgestattet, die die umliegenden Kindergärten

mitversorgt. Diese Schule ist von der Schließung bedroht. Der dortige dt.-russ. Europaschulzweig sollte zunächst komplett an eine andere Schule verlegt werden. Verhindert werden konnte die Verlegung an eine Schule, die in unmittelbarer Nachbarschaft zur Berliner NPD-Zentrale liegt. Nun soll die Schule als sog. Filiale einer anderen Schule zugeordnet werden. Dadurch sollen der Schulleiter und das Sekretariat „eingespart“ werden. Die vorgesehene „Mutterschule“ hat aber keinerlei Interesse an einer Europaschule und auch keinen Bezug zum SESB-Konzept. Die Folge ist insgesamt eine Gefährdung des dt.-russ. Europaschulzweiges. Es ist im Bezirk Treptow-Köpenick eine kleine Eingabe anhängig und im Abgeordnetenhaus eine Petition. Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Filialenvariante beschlossen, die aber unbefriedigend ist, zumal eine Einsparung faktisch nicht erfolgt.

In der Diskussion wies Herr Porep (FESB) daraufhin, dass es seiner Auffassung nach eine Tendenz gibt, die zweigliedrigen Schulen abzubauen und mit dem Verweis auf zu wenige Schüler der sog. kleinen Sprachen diese Europaschulzweige zu reduzieren.

Herr Mertens (GEV der dt.-span. SESB) wies auf die Problematik hin, dass es zu wenig muttersprachliche Erzieherinnen und Erzieher in den jeweiligen Partnersprachen gibt, obgleich das nachmittägliche sozialpädagogische Angebot von erheblicher Bedeutung ist. An seiner Schule gibt es erhebliche Raumprobleme, zudem ist eine Stelle für die Vorklassen verloren gegangen.

Herr Aschinger (Erzieher in der dt.-türk. SESB) bemängelte ebenfalls das Fehlen partnersprachlicher ErzieherInnen an der SESB, ohnehin sei der Erzieherbereich unterbesetzt, es gibt beispielsweise kaum Vertretungsmöglichkeiten im Krankheitsfalle.

Herr Otto wies auf eine andere Problematik hin: SchülerInnen, die mit der 10. Klasse von den SESB-Oberschulen abgehen, erhalten ein Zeugnis, das in keiner Weise erkennen lässt, dass diese SchülerInnen eine SESB mit erheblich größerem Lernaufwand und Erfolgen in der Partnersprache besucht haben. Es muss unterschieden werden, ob jemand drei Jahre eine Fremdsprache erlernte oder von der Vorklasse an 11 Jahre in einer Partnersprache durch muttersprachliche Lehrkräfte unterrichtet wurde. Es gibt diesbezüglich keine Regelung. Frau Zydatiss (dt.-engl.) berichtete hierzu, dass Frau Cramer-Mehnert an der Lösung dieses Problems arbeitet; sie ist dabei, ein entsprechendes Zertifikat für die SESB anzufertigen.

Eine Vertreterin der Sophie-Scholl-Oberschule berichtete, dass deutsche Kinder am frz. Gymnasium eine Höherbewertung für das Absolvieren eines Leistungskurses in der Partnersprache erhalten, was nicht gerecht ist. Dem soll nachgegangen werden.

In der Auswertung des Gesprächs mit den schulpolitischen Sprechern wies Mme Durand-Nusser darauf hin, dass alle schulpolitischen Sprecher die Informationen sehr interessiert und positiv aufgenommen hätten und sich einvernehmlich für eine Anhörung vor dem Schulausschuss ausgesprochen hätten.

TOP 3 Mitteilungen:

Im Protokoll des Hauptausschusses habe Herr Böger darauf hingewiesen, dass hinsichtlich des Einstellungsstopps für SESB insofern ein „schmaler Korridor“, ein „schmaler Pfad“ existieren müsse, als dort das Fehlen z.B. eines spanischen muttersprachlichen Lehrers nicht durch die Erhöhung anderer Lehrerarbeitszeiten ersetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass bilaterale Verträge zwischen Berlin und einzelnen Ländern, so z.B. Spanien über eine Finanzierung muttersprachlicher Lehrkräfte durch das Partnersprachenland zwar den einzelnen Schulen zugute komme, aber nicht dem gesamten SESB-Konzept gerecht wird.

Protokollantin: Andrea Gysi (Märkische Grundschule)